

Andreas Roth

# Related Party Transactions mit kontrollierenden Aktionären

Eine rechtsvergleichende Analyse unter Einbeziehung rechtsökonomischer Aspekte



**Nomos**

**Gesamtes Recht der Unternehmen und Finanzen**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Roland Broemel

Prof. Dr. Georg Hermes

Prof. Dr. Matthias Jahn

Prof. Dr. Katja Langenbucher

Begründet von Prof. Dr. Brigitte Haar

Band 1–4 erschienen in

„Recht der Unternehmen und Finanzen“

**Band 9**

Andreas Roth

# Related Party Transactions mit kontrollierenden Aktionären

Eine rechtsvergleichende Analyse unter Einbeziehung rechtsökonomischer Aspekte



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt am Main, Universität, Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-7278-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-1286-6 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/2021 dem Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main als Dissertation vorgelegt. Im Zuge der Veröffentlichung wurde das Manuskript aktualisiert und Literatur und Rechtsprechung bis einschließlich Juni 2021 berücksichtigt.

Mein ganz herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Tobias Tröger, LL.M. (Harvard), der mir die Anregung für dieses Thema gab und die Erstellung meiner Arbeit in vielfältiger Weise unterstützt und mit wertvollen Hinweisen entscheidend gefördert hat. Zudem danke ich ihm für die schönen und lehrreichen Jahre, die ich als Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl verbringen durfte.

Herrn Professor Dr. Moritz Bälz, LL.M. (Harvard) danke ich sehr für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Den Herausgebern der Schriftenreihe „Gesamtes Recht der Unternehmen und Finanzen“ danke ich für die freundliche Aufnahme dieser Arbeit.

Ein herzlicher Dank gilt ebenso meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl sowie am Forschungsinstitut SAFE, die nicht nur mit hilfreichen Anregungen und konstruktiver Kritik diese Arbeit gefördert, sondern meine Promotionszeit auch in persönlicher Hinsicht sehr bereichert haben. Stellvertretend seien Herr Dr. Thomas Kelm und Frau Lara Letizia Milione genannt, denen ich zudem für ihre unentwegte Diskussionsbereitschaft zu großem Dank verpflichtet bin.

Mein größter Dank gebührt schließlich meiner Familie und dabei insbesondere meinen Eltern. Durch ihre stets uneingeschränkte Förderung und liebevolle Unterstützung haben sie die Entstehung dieser Arbeit erst ermöglicht. Ihnen ist sie gewidmet.

Frankfurt am Main, Oktober 2021

Andreas Roth



## Geleitwort

*Related party transactions* sind ein zentrales Thema in der internationalen Debatte um gute Corporate Governance,<sup>1</sup> das nicht nur internationale Organisationen (OECD, Weltbank), sondern v.a. auch global agierende, institutionelle Investoren maßgeblich umtreibt. In Volkswirtschaften mit konzentrierten Anteilseignerstrukturen stellt die Ausbeutung von Minderheitsaktionären, die mit Blick auf einen berühmten tschechischen Fall auch als *tunneling* bekannt ist,<sup>2</sup> eine Hauptsorge dieser Kapitalanleger dar, soweit die Qualität der Corporate Governance die Kapitalallokation treibt. Tunneling kann das Ergebnis unterschiedlicher Techniken des Konsums privater Kontrollrenten (*private benefits of control*) sein. Ein verbreiteter Weg, sich Sondervorteile aus dem Verbandsvermögen zu verschaffen, stellen für Blockaktionäre aber Transaktionen mit der Gesellschaft dar, die zu Konditionen abgeschlossen werden, die die Gesellschaft benachteiligen. Transaktionen mit dem Blockaktionär können jedoch auch nutzensteigernd sein und einer positiven unternehmerischen Vision<sup>3</sup> folgen. Der Gesetzgeber hat daher das Für- und Wider einer Intervention zu wägen und idealerweise eine Regelung zu finden, die schädliche Transaktionen weitestgehend ausschließt, nutzenstiftende aber möglichst reibungslos zulässt. Jegliche Schutzmechanismen erhöhen gleichwohl die Kosten der unternehmerischen Tätigkeit, weshalb sie nur solange sinnvoll sind, wie der zusätzliche Aufwand der Rechtsbefolgung durch den gesamtgesellschaftlichen Nutzen eines verbesserten Investorenschutzes kompensiert wird.<sup>4</sup> Zu den Kosten zählen dabei auch die von einem zu rigiden Regime zu Unrecht verhinderten *related party transactions* (falsche positive Ergebnisse), die nicht durch privates Rentenstreben motiviert waren, sondern zur Erzielung originärer Wohlfahrtsgewinne durchgeführt werden sollten. Eine juristische Dissertation, die auf überpositiver (funktionaler) und rechtsvergleichender Grundlage spezifische Vorschläge gerade im Kontext der

- 
- 1 Den Stand der Wissenschaft in verschiedenen Disziplinen reflektierende Beiträge finden sich z.B. in Enriques/Tröger (Hrsg.), *The Law and Finance of Related Party Transactions*, 2019.
  - 2 Begriffsprägend Johnson/La Porta/Lopez-de-Silanes/Shleifer, 90 AER 22 (2000)).
  - 3 Hierzu grundlegend Goshen/Hamdani, 125 Yale LJ 560 (2016).
  - 4 Zum Ganzen auch Tröger, FS Hopt, 2020, S. 1289.

*Geleitwort*

deutschen Rechtsordnung entwickelt, kann einen zentralen Beitrag zur Bewertung und Fortentwicklung der durch das ARUG II in Umsetzung der europäischen Vorgaben geschaffenen Regelungen leisten, der – trotz der vielen Untersuchungen in der Literatur – noch über den gegenwärtigen Wissensstand hinausgeht.

Andreas Roth gelingt ein aus den skizzierten Gründen lesenswerter Beitrag zur Debatte. Dabei schafft der Autor nicht nur eine solide und stringente Synthese der ausufernden Debattenstränge entlang eines klaren, interdisziplinär entwickelten normativen Konzepts. Vielmehr bieten seine Überlegungen an vielen Stellen weiterführende Analysen, an denen auch zukünftige Untersuchungen nicht vorbeigehen können. Dabei sind gerade die konsequent entlang der von Andreas Roth entwickelten normativen Linien geführten Ausführungen zur *lex lata* besonders ertragreich, da sie nicht nur eine teleologisch gut abgesicherte Bewertung des mit den §§ 111a ff. AktG i.d.F. des ARUG II<sup>5</sup> in die nationale Rechtsordnung eingeführten Richtlinienregimes bieten,<sup>6</sup> sondern auch die Grundlegung für eine an den gesetzesimmanenten Wertungen orientierte Klärung von Auslegungsfragen darstellen.

*Prof. Dr. Tobias Tröger, LL.M. (Harvard)*

---

5 Art. 1 Nr. 6 Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II) v. 12.12.2019, BGBl. I, S. 2637.

6 Art. 9c Aktionärsrechte-RL i.d.F. Richtlinie (EU) 2017/828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Änderung der Richtlinie 2007/36/EG im Hinblick auf die Förderung der langfristigen Mitwirkung der Aktionäre, ABl. (L 132) 1.

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
§ 1: Einführung in das Thema	29
I. Gegenstand und Anlass der Untersuchung	29
II. Gang der Untersuchung	31
III. Methodik der Untersuchung	32
1. Vornahme eines funktionalen Rechtsvergleichs	32
2. Rechtsökonomische Bewertung	33
§ 2: Grundlagen	37
I. Private Kontrollvorteile	37
II. Related Party Transactions	39
1. Rechtsökonomische Einordnung der Missbrauchsgefahr	40
a) Prinzipal-Agent-Konflikt	40
b) Tunneling	44
c) Akzeptierte Kontrollvorteile zu Gunsten des Kontrollaktionärs	46
d) Einfluss auf die ökonomische Gesamtwohlfahrt	47
2. Bedürfnis zur Regulierung von Related Party Transactions	49
III. Begrenzung des Untersuchungsgegenstands	52
§ 3: Rechtsvergleichende Analyse bestehender Regelungsinstrumente zur Verhinderung der Entnahme privater Kontrollvorteile durch Related Party Transactions	54
I. Das britische Recht als Vergleichsrechtsordnung	55
II. Funktionale Einordnung der in die Analyse einbezogenen Regelungsinstrumente	55

*Inhaltsverzeichnis*

III. Anreizstruktur der begleitenden Durchsetzungsmechanismen	56
1. Einordnung der Durchsetzungsmechanismen anhand des Rechtsträgers	57
a) Öffentlich-rechtliche Durchsetzungsmechanismen	58
b) Private Durchsetzungsmechanismen	59
c) Teilprivatisierte Durchsetzungsmechanismen	63
2. Kombination der Durchsetzungsmechanismen	63
IV. Rechtsvergleichende Analyse und Bewertung	64
1. Publizitätspflichten	65
a) Regelungsziel von Publizitätspflichten	66
b) Supranationale Publizitätspflichten	70
aa) Pflicht zu Angaben in Bilanzdokumenten	71
(1) Inhaltliche Anforderungen	73
(a) Related Party i.S.v. IAS 24.9	73
(b) Geschäftsvorfall i.S.v. IAS 24.9	75
(2) flankierende Disziplinierungsmechanismen auf nationaler Ebene	76
(a) Einrichtung eines Prüfungsausschusses	76
(b) Prüfung durch einen Abschlussprüfer	78
(c) Prüfung durch den Aufsichtsrat	79
(d) Überwachung durch Bilanzkontrolle	81
(e) Nationale Durchsetzungsmechanismen	82
(3) Zwischenbewertung	83
bb) Pflicht zu Angaben in periodischer Finanzberichterstattung	89
(1) Publizitätspflichten	90
(2) Nationale Durchsetzungsmechanismen	92
(a) Öffentlich-rechtliche Durchsetzungsmechanismen	92
(b) Privatrechtliche Durchsetzungsmechanismen	93
(3) Zwischenbewertung	94
cc) Pflicht zur Veröffentlichung von Insiderinformationen	96
(1) Publizitätspflicht	97
(2) Nationale Durchsetzungsmechanismen	100
(a) Öffentlich-rechtliche Durchsetzungsmechanismen	100

(b) Privatrechtliche Durchsetzungsmechanismen	101
(c) Marktinduzierte Normdurchsetzung	102
(3) Zwischenbewertung	103
dd) Pflicht zu Angaben in Wertpapierprospekten	106
(1) Publizitätspflicht	106
(2) Nationale Durchsetzungsmechanismen	109
(a) Öffentlich-rechtliche Durchsetzungsmechanismen	109
(b) Privatrechtliche Durchsetzungsmechanismen	110
(3) Zwischenbewertung	113
c) Publizitätspflichten im deutschen Recht	115
aa) Auskunftsrecht der Aktionäre, § 131 Abs. 1 AktG	115
bb) Berichtspflichten des Vorstandes gegenüber dem Aufsichtsrat bzw. Aufsichtsratsvorsitzenden, § 90 Abs. 1 S. 1 Nr. 4, S. 3 AktG	118
cc) Pflicht zur Offenlegung von Interessenkonflikten der Vorstandsmitglieder, E.2 DCGK	120
d) Publizitätspflichten im britischen Recht	122
aa) Pflicht zur Offenlegung von Interessenkonflikten, sec. 177 Companies Act 2006	122
bb) Pflicht zur nachträglichen Offenlegung von Interessenkonflikten, sec. 182 Companies Act 2006	127
cc) Publizitätspflichten der UK Listing Rules	129
(1) Pflicht zur Offenlegung von signifikanten Transaktionen, LR 10	129
(2) Pflicht zur Offenlegung von Related Party Transactions, LR 11	130
(3) Durchsetzungsmechanismen	134
(a) Öffentlich-rechtliche Durchsetzungsmechanismen	134
(b) Private Durchsetzungsmechanismen	135
(4) Zwischenbewertung	135
e) Vergleichende Bewertung	139

*Inhaltsverzeichnis*

2. ex ante-Beteiligungsrechte	141
a) Zustimmungskompetenz der (Minderheits-)Aktionäre	142
aa) Regelungsziel von ex ante- Zustimmungskompetenzen für Anteilseigner	142
bb) Zustimmungskompetenzen der Anteilseigner im deutschen Recht	144
(1) Nachgründungsgeschäft, § 52 AktG	144
(2) Fragen der Geschäftsführung, § 119 Abs. 2 AktG	147
(3) Beschluss der Hauptversammlung zu Satzungsänderungen, § 179 Abs. 1 AktG	149
(4) Verpflichtung zur Übertragung des ganzen Gesellschaftsvermögens, § 179a AktG	150
(5) Zustimmung zu Unternehmensverträgen, § 293 AktG	152
(6) Ungeschriebene Zustimmungskompetenzen „Holzmüller“ und „Gelatine“	152
cc) Zustimmungskompetenzen der Anteilseigner im britischen Recht	154
(1) Wesentliche Sachwerttransaktionen, sec. 190 Companies Act 2006	154
(2) Darlehen der Gesellschaft an Direktoren, sec. 197 Companies Act 2006	157
(3) Zustimmungskompetenzen der UK Listing Rules	159
(a) Zustimmung zu signifikanten Transaktionen, LR 10	159
(b) Zustimmung zu Related Party Transactions, LR 11	159
(c) Durchsetzungsmechanismen	160
(d) Zwischenbewertung	161
dd) Vergleichende Bewertung	162
b) Beteiligung unabhängiger Mitglieder der Unternehmensleitung	163
aa) Regelungsziel der ex ante-Beteiligung unabhängiger Mitglieder der Unternehmensleitung	164

bb) Zustimmungskompetenzen im deutschen Recht	165
(1) Vertretung der Gesellschaft gegenüber Vorstandsmitgliedern, § 112 AktG	165
(2) Übertragung der Zustimmung auf den Aufsichtsrat, § 111 Abs. 4 S. 2 AktG	166
(3) Zustimmung zu Kredit- Dienst- und Werkverträgen, §§ 89, 114, 115 AktG	168
cc) Zustimmungskompetenzen im britischen Recht	168
dd) Vergleichende Bewertung	169
3. Mechanismen zur standardbasierten ex post- Überprüfung	169
a) Regelungsziel von Mechanismen zur standardbasierten ex post-Überprüfung	170
b) Mechanismen zur standardbasierten ex post- Überprüfung im deutschen Recht	170
aa) Treupflicht der Aktionäre	171
(1) Mitgliedschaftliche Treupflicht	171
(2) Gesetzliche Ausprägungen der mitgliedschaftlichen Treupflicht	174
(a) Gleichbehandlungsgebot, § 53a AktG	174
(b) Verbot von Sondervorteilen, § 117 AktG	176
(c) Recht des faktischen Konzerns, §§ 311 ff. AktG	179
bb) Kapitalerhaltung, § 57 AktG	179
cc) Konzernrechtliche Regelungen	183
(1) Recht des Vertragskonzerns, §§ 291 ff. AktG	185
(a) Beherrschungsvertrag als Voraussetzung für Leitungsmacht und Verantwortung	185
(b) Behandlung außenstehender Aktionäre	186
(c) Schutz vor Tunneling im Vertragskonzern	187
(2) Recht des faktischen Konzerns, §§ 311 ff. AktG	189
(a) Abhängigkeitsverhältnis ohne Beherrschungsvertrag	189
(b) Verbot der ausgleichslosen Nachteilszufügung	190
(c) Abhängigkeitsbericht als flankierender Disziplinierungsmechanismus	192

*Inhaltsverzeichnis*

(d) Privatrechtliche Durchsetzungsmechanismen	193
(e) Schutz vor Tunneling im faktischen Konzern	194
c) Mechanismen zur standardbasierten ex post-Überprüfung im britischen Recht	199
aa) Loyalitätspflicht	199
(1) Anwendbarkeit auf Kontrollaktionäre	200
(2) Durchsetzungsmechanismen	201
(3) Zwischenbewertung	203
bb) Kapitalerhaltung	208
cc) Konzernrechtliche Regelungen	209
d) Vergleichende Bewertung	210
4. Abschlussbewertung	212
§ 4: Kritische Analyse der Änderungsrichtlinie und des ARUG II	218
I. Anwendungsbereich	221
1. Vorgaben der Richtlinie	221
a) Beschränkung auf börsennotierte Gesellschaften	221
b) Begriffsbestimmung	222
aa) Related Party i.S.d. ARRL	222
bb) Geschäft i.S.d. ARRL	224
c) Wesentlichkeitsschwellen	226
2. Umsetzung durch das ARUG II	228
II. Publizitätspflicht, Art. 9c Abs. 2 ARRL	232
1. Vorgaben der Richtlinie	232
2. Umsetzung durch das ARUG II	233
III. Fairness Opinion, Art. 9c Abs. 3 ARRL	235
1. Vorgaben der Richtlinie	235
2. Umsetzung durch das ARUG II	237
IV. Zustimmungserfordernis, Art. 9c Abs. 4 ARRL	241
1. Vorgaben der Richtlinie	241
a) Zustimmungskompetenz der Hauptversammlung	242
b) Zustimmungskompetenz des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans	245
2. Umsetzung durch das ARUG II	247

3.	Möglichkeiten zur richtlinienkonformen Anpassung	251
a)	Streichung der Option zur Errichtung eines beschließenden Ausschusses	251
b)	Modifikation der für den beschließenden Ausschuss geltenden Besetzungsvorschriften	253
V.	Aggregationsregel, Art. 9c Abs. 8 ARRL	255
1.	Vorgaben der Richtlinie	255
2.	Umsetzung durch das ARUG II	256
VI.	Ausnahme für im ordentlichen Geschäftsgang und zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommene Geschäfte, Art. 9c Abs. 5 ARRL	257
1.	Vorgaben der Richtlinie	257
2.	Umsetzung durch das ARUG II	258
VII.	Fakultative Bereichsausnahmen, Art 9c Abs. 6 ARRL	260
1.	Vorgaben der Richtlinie	260
a)	Ausnahmehoption für konzerninterne Geschäfte, Art. 9c Abs. 6 lit. a) ARRL	261
b)	Ausnahmehoption für Geschäfte mit Zustimmungserfordernis der Hauptversammlung nach nationalem Recht, Art. 9c Abs. 6 lit. b) ARRL	262
c)	Sonstige Ausnahmehoptionen, Art. 9c Abs. 6 lit. c) – e) ARRL	263
2.	Umsetzung durch das ARUG II	264
VIII.	Anwendung auf wesentliche Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Art. 9c Abs. 7 ARRL	268
1.	Vorgaben der Richtlinie	268
2.	Umsetzung durch das ARUG II	269
IX.	Maßnahmen und Sanktionen, Art. 14b ARRL	272
1.	Vorgaben der Richtlinie	272
2.	Umsetzung durch das ARUG II	272
X.	Fazit	274
XI.	Auswirkungen auf das existierende Recht in Deutschland	278
XII.	Anlassbezogene Anpassung des deutschen Rechts	282

*Inhaltsverzeichnis*

§ 5: Schlussbetrachtung	284
§ 6: Zusammenfassung in Thesen	286
Literaturverzeichnis	293

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.E.	am Ende
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AC	Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Änderungs-RL	Änderungsrichtlinie
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft
AIM	Alternative Investment Market
AktG	Aktiengesetz
All ER	All England Law Reports
allgM	Allgemeine Meinung
Anh.	Anhang
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Anm.	Anmerkung
App. Cas.	Law Report Appeal Cases
Alt.	Alternative
AreG	Abschlussprüferreformgesetz
ARRL	Aktionärsrechterichtlinie
Art.	Artikel; article
ARUG II	Gesetz zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BB	Betriebs-Berater

*Abkürzungsverzeichnis*

BCC	British Company Law Cases
BCLC	Butterworths Company Law Cases
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
Begr.	Begründer; Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
bn	billion
BörsG	Börsengesetz
BörsO	Börsenordnung
Brook. J. Corp. Fin. & Com. L.	Brooklyn Journal of Corporate, Financial & Commercial Law
Brook. J. Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
Bus. Law.	Business Lawyer
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Cal. L. Rev.	California Law Review
Cardozo L. Rev.	Cardozo Law Review

Chin. Fin. Rev. Intern.	China Finance Review International
Chin. J. Actg. Res.	China Journal of Accounting Research
CESifo	Ifo Institut Center for Economic Studies
Ch	Law Reports, Chancery Division (Third Series)
Ch D	Law Reports, Chancery Division (Second Series)
C.L.J.	Cambridge Law Journal
CMLJ	Capital Markets Law Journal
Colum. Bus. L. Rev.	Columbia Business Law Review
Colum. J. Eur. L.	Columbia Journal of European Law
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Comp. Law.	Company Lawyer
CRIM-MAD	Richtlinie 2014/57/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über strafrechtliche Sanktionen bei Marktmanipulation – Marktmissbrauchsrichtlinie
CSLE	Center for the Study of Law and Economics
DAV	Deutscher Anwaltsverein
DAX	Deutscher Aktienindex
DB	Der Betrieb
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
DelVO	Delegierte Verordnung (EU) 2019/980 der Kommission vom 14. März 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Aufmachung, des Inhalts, der Prüfung und der Billigung des Prospekts, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichten ist, und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission, ABl. L 166, 21.6.2019, S. 26.
DEPP	Decision Procedure and Penalties Manual
ders.	derselbe

*Abkürzungsverzeichnis*

d.h.	das heißt
dies.	dieselbe; diesselben
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DiskE	Diskussionsentwurf
DJT	Deutscher Juristentag
DLR (4th)	Dominion Law Reports (Fourth Series) (Canada)
DPR	Deutsche Prüfstelle für Rechnungswesen DPR e.V.
DStR	Deutsches Steuerrecht
DTR	Disclosure Guidance and Transparency Rules
EBOR	European Business Organization Law Review
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECGF	European Corporate Governance-Forum
ECGI	European Corporate Governance Institute
Econ. J.	Economic Journal
Econ. Pol'y	Economic Policy
EG	Europäische Gemeinschaft
ESMA	European Securities and Markets Authority
et al.	et alii (und andere)
EU	Europäische Union
EUR	Euro
Eur. Comp. L.	European Company Law
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWHC (Ch)	High Court of England and Wales Decisions (Chancery Division)
f./ff.	folgender; folgende
FCA	Financial Conduct Authority
FBD	Freshfields Bruckhaus Deringer
Fn.	Fußnote
FRC	Financial Reporting Council
FS	Festschrift

*Abkürzungsverzeichnis*

FSA	Financial Services Authority
FSMA 2000	Financial Services and Markets Act 2000
FTSE	Financial Times Stock Index
FWB	Frankfurter Wertpapierbörse
GER	German Economic Review
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HVwVfG	Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz
IAS	International Accounting Standards
ibid.	ibidem (ebenda)
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
IFRS	International Financial Reporting Standards
iHv	in Höhe von
Ind. L. J.	Indiana Law Journal
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
Int'l Rev. L. & Econ.	International Review of Law and Economics
IJDG	International Journal of Disclosure and Governance
IRZ	Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung
i.S.d.	im Sinne des; im Sinne der
i.S.v.	Im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
J	Judge

*Abkürzungsverzeichnis*

J. Bus. Ethics.	Journal of Business Ethics
J.B.L.	Journal of Business Law
J. Corp. L.	Journal of Corporation Law
J. Corp. L. Stud.	Journal of Corporate Law Studies
J. Econ. Lit.	Journal of Economic Literature
J. Econ. Pers.	Journal of Economic Perspectives
J. Empir. Leg. Stud.	Journal of Empirical Legal Studies
J. Fin.	Journal of Finance
J. Fin. Econ.	Journal of Financial Economics
J. Financ. Quant. Anal.	Journal of Financial and Quantitive Analysis
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics
J.L. & Econ.	Journal of Law and Economics
J. Leg. Stud.	Journal of Legal Studies
J. Pol. Econ.	Journal of Political Economy
J. Manag. Gov.	Journal of Management and Governance
KapMuG	Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten (Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz)
KG	Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KoME	Kommissionsentwurf
KonTraG	Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht
LR	Listing Rules
LR HL	Law Reports, House of Lords, English and Irish Appeals
lit.	littera
L.Q.R.	Law Quarterly Review

LSE	London Stock Exchange
MAR	Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission
MDAX	Mid-Cap-DAX
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
MiFID II	Markets in Financial Instruments Directive II
Nat'l L. Sch. India Rev.	National Law School of India Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report
No/ No./ N°	numero
Nr.	Nummer
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o.Ä.	oder Ähnlichem
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLG	Oberlandesgericht
Oxf. Rev. Econ. Pol.	Oxford Review of Economic Policy
para.	paragraph
paras.	paragraphs
PR	Prospectus Rules

*Abkürzungsverzeichnis*

PRA	Prudential Regulation Authority
ProspektVO	Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/71/EG, ABl. L 168, 30.6.2017, S. 12.
QB	Queen's Bench Reports
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
Rev. Fin. Stud.	Review of Financial Studies
RdA	Recht der Arbeit
RIS	Regulated Information Service
Rn.	Randnummer
S.	Satz; Seite
SAFE	Sustainable Architecture of Finance in Europe
Sch	Schedule
SDAX	Small-Cap-DAX
sec.	Section
SI	statutory instrument
sog.	sogeanter; sogenannt; sogenanntes; sogenannten
SpruchG	Spruchverfahrensgesetz
Stan. J.L. Bus. & Fin.	Stanford Journal of Law, Business and Finance
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
StGB	Strafgesetzbuch
StR	Revisionen in Strafsachen (BGH)
TecDAX	Technologie-DAX

Tex. L. Rev.	Texas Law Review
u.a.	unter anderem; und andere
UAbs.	Unterabsatz
UK	United Kingdom
UKSC	United Kingdom Supreme Court
UMAG	Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts
U. Ill. L. Rev.	University of Illinois Law Review
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
USA	United States of America
v	versus
v.	von; vom
Var.	Variante
vgl.	Vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
Wash. U. L. Q.	Washington University Law Quarterly
Wash. & Lee L. Rev.	Washington and Lee Law Review
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpAV	Wertpapierhandelsanzeigerordnung
WpPG	Wertpapierprospektgesetz
Yale J. on Reg.	Yale Journal on Regulation
Yale L. J.	Yale Law Journal
z.B.	Zum Beispiel
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung

*Abkürzungsverzeichnis*

ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZR	Revisionen in Zivilsachen und Berufungen in Patentnichtigkeitsverfahren (BGH)